

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Sonntags: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Uhr. Im Monat, bei Abholung durch die Posten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,40 RM. (Zugabe eines Wochenblattes für Wilsdruff u. Umgegend).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Wilsdruffer Tageblatt
Wilsdruff, die Wilsdruffer
Wilsdruff, die Wilsdruffer
Wilsdruff, die Wilsdruffer

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Zeile 30 Rpf., die 2-spaltige Zeile 20 Rpf., die 1-spaltige Zeile 10 Rpf. Nachverlangungsbare 20 Reichsmark. Bestellungen werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 entnommen bis 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Redaktionsprosa ist rechtlich, wenn der Auftrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verhältnisse entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 19 — 89. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 23 Januar 1930

Aufmarsch in London.

Bei der Londoner Marinekonferenz ist vor allem an eins zu denken: Die Waffengerüstung zur See kostet die Mächte, die sie tragen, immer wieder reparieren, modernisieren und im Wettbewerb mit den anderen vervollständigen müssen, von Jahr zu Jahr wachsende, geradezu grauenerregende hohe Summen. Heutzutage verdrängt der Bau eines Großkampfschiffes weit mehr als das Doppelte dessen, was vor dem Kriege dafür aufgewendet werden mußte — und dabei weiß man nicht einmal, ob so ein Riesenschiffschiff von 35 000 Tonnen auch einen Geschäftswert hat, der den für den Bau aufgewendeten Summen entspricht. Angesichts der raschen Fortschritte, die während des Krieges und hernach die Luft- und namentlich die U-Boot-Waffe gemacht haben, mehren sich die Stimmen, die sich gegen eine Fortsetzung des Baues solcher Großkampfschiffe aussprechen. So will denn die Londoner Konferenz aus sehr verständlichen finanziellen Gründen das „uferlose Wettrennen“ zwischen den Seemächten wenigstens etwas begrenzen, sonst geht ihnen schließlich alles einfach „die Rüste aus“.

Natürlich ist für England — wo man längst damit aufhören mußte, die stolze Hymne „Rule, Britannia, rule the waves“, „Herrsche, England, herrsche über die Meere“ zu singen; denn das „war einmal“ — nach den Erfahrungen des Weltkrieges die U-Boot-Frage besonders wichtig. Denn unter den Wogen herrschte schon damals diese Waffe, gefährdete aufs Schwerste, was auf den Wogen schwamm. Aber die nicht an erster Stelle stehenden Seemächte sträubten sich gegen den englisch-amerikanischen Vorschlag einer völligen Beseitigung der U-Boote, deren Größe ja jetzt schon angewachsen ist bis zu der eines kleinen Kreuzers und die damit schon längst ihren ursprünglichen Wesenscharakter verloren haben. Ein wirkliches Kraut gegen diese „U-Boot-Pest“, wie man sie während des Weltkrieges in England in verständlicher Wut genannt hat, ist aber bisher immer noch nicht gewachsen. Deswegen und auch wegen der Entwicklung der Luftwaffe würde von dem „inulaten“ Charakter Englands im Falle eines Angriffs etwa durch Frankreich wirklich gar nichts mehr übrigbleiben.

Neben dem Streit über die Frage, ob das U-Boot überhaupt „erlaubt“ sein soll oder nicht, wobei die mittleren und kleineren Seemächte natürlich gegen das anglo-amerikanische Abereinommen Widerstand leisten, geht es weiter um die Größe der U-Boote und um die „Parität“ Japan, Italien, Frankreich — sie alle wollen ebenso viele U-Boote haben dürfen wie England. In der schon so lange hin- und hergedrehten Kreuzerfrage, wo ja auch der Streit um die „Parität“ bzw. das gegenseitige Zahlen- und Tonnenverhältnis eine große Rolle spielt — 1927 scheiterte die letzte Genfer „Seetrüstungskonferenz“ an diesen Auseinandersetzungen — mag man wohl eher zu einer Einigung kommen, wenn

ja, wenn nämlich in diesen marineteknischen Fragen sich nicht die großen machtpolitischen Strömungen und Gegenströmungen so stark hineinmengen würden! Amerika ist z. B. ganz und gar nicht dafür, daß den Japanern eine Verstärkung ihrer Seerüstung an Kreuzern in einem Umfang gestattet werden soll, daß von irgendeinem nennenswerten Übergewicht der entsprechenden amerikanischen Flottenstreitkräfte kaum noch die Rede sein würde. Ähnlich sieht es zwischen Italien und Frankreich, die argwöhnisch aufeinander aufpassen, daß ja nicht der andere Staat stärkere Kräfte zwar nicht auf die Beine, wohl aber aufs Wasser bringt. Italien ist ja dabei besonders schlecht daran infolge seines Charakters als Halbinsel mit den lanagestreckten Küsten; für dieses Land gibt es einfach keine Mittel — wenigstens soweit sie finanziell erschwingbar sind — um sich gegen den Angriff einer großen Seemacht wirklich zu schützen. Und aus dieser Erkenntnis heraus ist der überraschende, natürlich nirgends ernst genommene italienische Vorschlag einer radikalen Abrüstung der gesamten Seestreitkräfte vom Panzerschiff bis zum U-Boot zu verstehen.

Die Besprechungen zwischen Frankreich und Italien wegen der Londoner Konferenz sind übrigens ebenso gescheitert wie der französische Versuch, England zum Abschluß eines „Mittelmeer-Locarno“ zu veranlassen. Zum mindesten Spanien und Italien sollten mit von der Partie sein. Aber die Londoner Regierung gab zur Antwort, es befänden ja schon so viele kriegsverhindernde Abmachungen zwischen den Völkern, namentlich Kellogg-Pakt und Völkerbundstatut, daß ein neues, daselbe bezweckendes Abkommen wirklich nicht nötig sei. Ein Gesichtspunkt — den man ja auch Deutschland gegenüber mehr als ein Jahrzehnt lang geltend gemacht hat — ist auch auf der Londoner Konferenz und gegenüber allen dort gemachten oder noch bevorstehenden Vorschlägen maßgebend: Erst Sicherheit, dann Abrüstung! Und Erhaltung einer genügend großen Militär- und Marinemacht zur „etwaigen Erzwingung internationaler Verpflichtungen“.

Bei der Eröffnung der Londoner Konferenz hat man es vermieden, hinsichtlich des Endresultats allzuviel Optimismus zu zeigen. Veranlassung für diese Zurückhaltung ist genügend vorhanden.

■ Fördert die Ortspresse ■

Bedenkliche Zeichen

Die Finanznot des Reiches.

Der Streit der Parteien.

Das Reichskabinett trat Mittwoch vormittag zusammen, um nach dem Abschluß der Haager Verhandlungen über diese nunmehr der Reichsrat und dem Reichstag zu unterbreitende Materie Beschluß zu fassen. Die Delegationsführer im Haag Reichsaussenminister Dr. Curtius und Reichsfinanzminister Dr. Meißner erstatteten dem Kabinett ausführlichen Bericht. Darauf brachte Reichsminister Müller den Delegierten den Dant der Regierung für ihre mühevollen Tätigkeit im Haag dar. Man zweifelt im Augenblick nicht daran, daß das Kabinett dem „Neuen Plan“ so, wie er im Haag vereinbart wurde, seine Zustimmung geben wird.

Inzwischen haben die Beratungen der Reichstagsfraktionen über die nunmehr bestehende Lage bereits begonnen. Am Donnerstag beginnt der Reichstag bekanntlich seine Arbeit und will sich zunächst mit dem J. A. H. S. M. O. P. O. beschäftigen. Der größte Teil der Parlamentarier ist bereits in Berlin anwesend und es sind allseitig vor dem offiziellen Beginn des Reichstages Fraktionsberatungen im Gange, welche die Stimmung in den einzelnen Parteien klären sollen. Mittwoch abend beriet der Ältestenrat des Reichstages nochmals über das aufzustellende Arbeitsprogramm.

Scharfe Gegensätze.

Man kann nicht darauf hoffen, daß die nächste Zeit zunächst eine Zeit ruhiger parlamentarischer Arbeit sein wird; dafür machen sich die innenpolitischen Gegensätze viel zu stark bemerkbar. Besondere Aufmerksamkeit hat die gemeinsame Tagung der sozialdemokratischen Fraktionsvorstände und des Parteivorstandes mit den Vertretern der Freien Gewerkschaften in Berlin gefunden. In dem gefassten Beschluß wird die Notwendigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln verlangt. Dazu sei Voraussetzung Kapitalzufuhr aus dem Auslande, alle inländischen Hemmnisse müßten beseitigt werden.

Demgegenüber mehren sich bei der Deutschen Volkspartei die Stimmen, die auf eine reinliche Auseinandersetzung zwischen dieser Partei und der Sozialdemokratie, die jetzt in der Regierungskoalition gemeinsam wirken, hinarbeiten. Bei der Volkspartei tritt sichtlich der Unmut über die sozialdemokratischen Forderungen hervor und der volksparteiliche Ortsverein in Halle a. d. S. beschloß soeben, den Vorstand der Partei anzufordern, genaue Richtlinien über das weitere Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie aufzustellen. Ferner verlangte die Ortsgruppe Halle genaue Prüfung von der Leitung der Volkspartei, ob es überhaupt fernherhin möglich sein werde, in der Regierungskoalition zu verbleiben, falls die Sozialdemokratie nach wie vor den Ton darin angebe. Auch das für die Deutsche Volkspartei immer noch als führendes Organ geltende Blatt

die Deutsche Allgemeine Zeitung in Berlin, fährt in der Polemik gegen die Sozialdemokratie in der letzten Zeit eine recht scharfe Klinge und betont, nicht das Borgen im Auslande, nicht die Erweiterung der Fürsorge könne aus der Finanznot des Reiches und der allgemeinen politischen Verwirrenheit herausführen.

Ein gewisses Ausmaß von Auslandsanleihen sei vielleicht notwendig. Die von der Sozialdemokratie verlangte Übersteigerung des Quantums für die öffentliche Hand könne auf keinen Fall gebilligt werden. Das würde eine Bedrohung des Staates bedeuten. Die Ergebnisse der Haager Konferenz blieben an und für sich unbefriedigend. Strengste Sparsamkeit, eine solide Staatsausstattung, Stärkung des Inlandkapitals und Beschränkung der immer noch wachsenden Ausgaben für unproduktive Zwecke seien Aufgaben des Tages.

Schluß mit der finanziellen Miswirtschaft. Schluß mit der sündigen Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie, heraus mit der Ausgabenreform! fordert die D. A. Z.

Wie unter diesen hitzigen Ansichtsäußerungen eine Vereinigung der Parteien zur Erhaltung der jetzt herrschenden Regierungskoalition herbeigeführt werden soll, bleibt vorläufig im Unklaren. Bemerkenswert ist auch die Stellungnahme einer Versammlung der Christlichen Gewerkschaften in Berlin, die sich soeben Schärfe gegen die in vielen Kommunen eingerichtete Miswirtschaft unbegrenzter Ausgaben wandte und mit deutlichen Seitenhieben gegen die Sozialdemokratie deren Machtstellung dafür verantwortlich machte. Auch hier wurde in erster Linie Einschränkung und strenge Sparsamkeit verlangt.

Die Arbeitlosen.

Unter diesen Umständen stimmt besonders bedenklich die in den letzten Wochen wieder sehr ungünstig sich darstellende Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Das Reich muß bei der steigenden Ziffer der Erwerbslosen weitere 255 Millionen über den Etatanschlag hinaus dafür ausgeben. Bis zum 1. April des laufenden Jahres werden die Parteien an die Reichsanstalt auf ungefähr 550 Millionen Mark gestiegen sein. Für das kommende Etatsjahr 1930 rechnet man bereits trotz der Beitragserhöhung, die bis zum 1. Juni begrenzt ist, mit einem erdrückend hohen Defizit, und zwar mit einer Summe von 321 Millionen.

Man schätzt die durchschnittliche Zahl der Fürsorgebedürftigen resp. Arbeitslosen jetzt nicht mehr mit 1,1 Millionen im Jahr, sondern mit 1,2 Millionen. Bei den offensichtlichen zwischen den großen Parteien bestehenden Verschiedenheiten der Weltanschauung erscheint es immerhin fraglich, ob sie auch diesen zu allem anderen tretenden Stein des Anstoßes gemeinsam überwinden können oder ob schließlich die Meinungsverschiedenheiten sich bis zu einem Bruche zuspitzen, der das Ende der Beziehungen bedeuten und logischerweise eine Regierungskrise herbeiführen müßte.

Flottenkonferenz unter Ausschluß der Presse

Wie aus London gemeldet wird, ist in letzter Minute entschieden worden, für die Sitzungen der Flottenkonferenz im St. James-Palast die Presse nicht zuzulassen. Als Grund für die Entscheidung, die auf amerikanischer Seite angesichts der Entsendung so zahlreicher Sonderberichterstatter größte Überraschung und Bestürzung hervorgerufen hat, wird der ungenügende Raum des Sitzungssaales angegeben. Mit heftigen Angriffen und Gegenüberstellung dieser Methode mit der Öffentlichkeit der Genfer Verhandlungen ist auf amerikanischer Seite zu rechnen.

Sadett über Deutschland.

Amerikas neuer Botschafter.
Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten für Deutschland und Frau Sadett sind mit dem Dampfer „President Harding“ über Plymouth, London, Hoel van Holland nach Deutschland abgereist. Botschafter Sadett gedenkt etwa am 5. Februar in Berlin einzutreffen.
Der Botschafter sagte vor seiner Abreise zu einem deutschen Pressevertreter u. a.: „Ich verlasse mein Heimatland mit dem Wunsch, dem deutschen Volke die Gefühle der Zuneigung und der Freundschaft zu übermitteln, welche unsere Nation für das deutsche Volk hegt. Ich hoffe aufrichtig, daß ich dazu beitragen darf, die Bande, die unsere beiden Länder verbinden, noch enger zu knüpfen. Ich empfinde tief, welches Vertrauen mit Präsident Hoover erwies, als er mich damit betraute, als Dolmetscher des tiefen Gefühls der freundschaftlichen Zuneigung zu wirken, das amerikanische Männer und Frauen dem

deutschen Volk entgegenbringen, und von ihrer Bewunderung für die Errungenschaften des deutschen Volkes Zeugnis abzulegen. Ich bin gewiß, daß wir während unseres Aufenthaltes in Deutschland ein ununterbrochenes Wachsen des gegenseitigen Vertrauens erleben werden, welches unter der gemeinsamen Fürsorge meiner verehrten Vorgänger und der hervorragenden Männer, die als Botschafter Deutschlands in den Vereinigten Staaten die Freundschaft unserer beiden Nationen auf breiterer Grundlage aufbauten, bereits so schön erstarbt ist.“

Protest der Sozialdemokratie Ostfachsens.

Für Austritt aus der Reichsregierung.
Der erweiterte Bezirksvorstand der S. P. D. Ostfachsens nahm in Anwesenheit der ostfachsens Reichstagsabgeordneten zu den politischen Ereignissen im Reich Stellung. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Das in der Erklärung der Regierung vom 12. Dezember 1929 mitgeteilte Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen ist in fast allen Einzelheiten auf die Wahrung und Förderung kapitalistischer Interessen zugeschnitten. Von der Sozialdemokratie muß es mit scharfem Protest zurückgewiesen werden. Die Reichstagsfraktion hat aus der Regierung auszuscheiden, wenn die bürgerlichen Parteien auf der Durchführung des Sanierungsprogramms, insbesondere auf einer Herabsetzung der Besteuerung, beharren oder der Sozialdemokratie untragbare Zumutungen stellen, die den Grundsätzen der Partei entgegenstehen. Angesichts der gegenwärtigen Lage war es ein erstes Warnungssignal für die Gesamtpartei, daß 28 Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem motivierten Vertrauensvotum für die Regierung nicht zustimmten. Diese Haltung wird ausdrücklich gebilligt.“